hörbranz

Marktgemeinde Hörbranz
Gemeindevertretung

Hörbranz, am 5. August 2016

Protokoll Nr. 14

über die am 06.07.2016 um 20.00 Uhr im Sitzungszimmer OG stattgefundene öffentliche Gemeindevertretungssitzung, zu der alle Gemeindevertreter ordnungsgemäß eingeladen wurden.

Anwesend:	Bgm. Hehle Karl als Vorsitzender
	Vizebgm. Siebmacher Josef
	GR Berkmann Josef
	GR Biegger Siegfried
	GR Jeglic Dietmar
	GR Hiebeler Günter
	GV Achberger Gerhard
	GV Bargehr Markus
	GV Bösch Erika
	GV Feurstein Markus
	GV Filler Thomas
	GV Fink Lukas
	GV Greißing Dominik
	GV Hack Manuela
	GV Hutter Richard
	GV Hüttl Klaus
	GV Leithe Günther
	GV Merdane-Türk Özlem, Mag.
	GV Moosbrugger Lars
	GV Paul Stefan
	GV Sicher Manuela
	GV Sigg Christine
	GV Ulmer Jürgen
	EM Fleischhacker Fabienne
	EM Hefel Ulrike
	EM Hüttl Sabine
	EM Linder Manuela
Schriftführerin:	GSekr. Dr. Läßer-Malz Beate

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Berichte des Vorsitzenden

a) Personeller Ausfall in der Buchhaltung: Der Bgm. informiert darüber, dass er nach dem neuerlichen Ausfall der Buchhaltungsleiterin für vier Wochen wegen einer geeigneten Vertretung in Gesprächen ist. Das Tagesgeschäft wird von den zwei weiteren Mitarbeiterinnen in der Buchhaltung erledigt.

b) Polizeiräumlichkeiten: Die zuständigen Mitarbeiter der Bundeskommission aus Wien waren vor Ort und haben die Räumlichkeiten besichtigt. Der Bgm. erwartet demnächst die Freigabe für den Mietvertrag.

c) Projektentwicklung Turnhalle, Schule, Ringerlokal: Projektentwickler Mag. Reinhard Wolf ist mit den Vorbereitungsmaßnahmen (Aufarbeitung der Grundlagen ist erfolgt, Kontaktaufnahme mit den Nutzern der Räume im Juli geplant), ein Treffen der Arbeitsgruppe ist für Herbst geplant.

d) Verkehrsplanung Ortszentrum: Es wurden zwei Verkehrsplanungsbüros angefragt, bisher sind noch keine Angebote eingegangen.

e) Ferienprogramm-Folder „Achtung fertig Ferien los" und Sommerferienbetreuung: Der Bgm. berichtet, dass die Folder mit dem Sommerferienprogramm fertig sind und bedankt sich beim Organisationsteam für das umfangreiche Programm. Zur Sommerferienbetreuung für Kindergarten- und Volksschulkinder berichtet er, dass auch heuer wieder während der Ferien sieben Wochen lang eine Betreuung für Kinder berufstätiger Eltern angeboten wird.

f) Sanierung Kindergärten: Arch. Josef Fink hat mehrere Planungsvarianten entworfen, die derzeit intern besprochen werden. Ein Grundsatzbeschluss soll im Herbst getroffen werden.

g) Vorschlag betreffend Nutzung Gst-Nr 786: Der Bgm. berichtet, dass zum Vorschlag eines Gemeindevertreters, die Gemeinde soll sich darum bemühen, dieses Grundstück zu einem Preis von EUR 200 pro m² zu erwerben und es heimischen Familien günstig zur Verfügung stellen, im Gemeindevorstand kontrovers diskutiert wurde. Der Bgm. erklärt, die Idee für verfolgenswert zu halten und sich darum zu bemühen, vom Eigentümer ein Angebot zu erhalten, das dann gegebenenfalls von der GV beraten werden kann.

3. Vergabe Hochwasserschutzmaßnahmen Leiblach

Hierzu verweist der Bgm. auf den mit den Sitzungsunterlagen versendeten Prüfbericht und Vergabevorschlag der Fa. Rudhardt+Gasser. Der Baubeginn ist für Herbst geplant.

Einstimmig wird die Vergabe an die Fa. Nägele/Gebrüder Haider zum Angebotspreis von EUR 886.232,29 netto (zuzügl. MwSt) beschlossen. Der Anteil der Gemeinde beträgt rund EUR 133.000.

4. Vergabe Radwegrampe am See

Auch hierzu verweist der Bgm. auf die mitgesendete Vergabeempfehlung der Fa. Besch+Partner. Auf Nachfrage verliest der Bgm. die weiteren Angebotssummen laut Preisspiegel. Bestbieter war die Fa. Nägele Hoch- und Tiefbau, Röthis. Einstimmig wird die Vergabe an die Fa. Nägele zum Preis von EUR 79.474,32 brutto beschlossen. Der Gemeinde-Anteil beträgt rund EUR 40.000. Baubeginn ist für Ende August 2016 geplant.

5. u. 6. Beschluss Ausgabenüberschreitungen und Rechnungsabschluss 2015

Der Bgm. weist darauf hin, dass der Rechnungsabschluss vom Prüfungsausschuss in der Sitzung vom 26.06.2016 geprüft und der GV zur Beschlussfassung empfohlen wurde und verweist auf das Protokoll des Prüfungsausschusses, das mit der Sitzungseinladung versendet wurde. Er erklärt, dass die Stellungnahme der Buchhaltung und des Bürgermeisters mit der Beantwortung der Fragen noch ausständig sei, weil die Buchhalterin unmittelbar nach der Sitzung des Prüfungsausschusses neuerlich erkrankt ist. Die Stellungnahmen werden nachgeliefert.

Der Bgm. informiert, wie bereits berichtet, dass die Buchhalterin schwer erkrankt ist. Aus diesem Grund hat sich die Fertigstellung des Rechnungsabschlusses verzögert. Dies habe er im Gemeindevorstand berichtet und wurde der Obfrau des Prüfungsausschusses per E-Mail mitgeteilt. Mit der Kontrollabteilung beim Amt der Vorarlberger Landesregierung wurde die Verzögerung des Rechnungsabschlusses abgestimmt. Der Bgm. geht noch zur Klarstellung auf ein E-Mail der Prüfungsausschuss-Obfrau ein.

Anschließend werden die Ausgabenüberschreitungen 2015, die im Rechnungsabschluss ab Seite 111 angeführt sind und allen Mitgliedern der Gemeindevertretung gemeinsam mit der Sitzungseinladung zugestellt wurden, behandelt.

Seitens der stellvertretenden Obfrau des Prüfungsausschusses wird angeregt, dass über Über- und Unterschreitungen des Budgets künftig einmal pro Jahr in der GV berichtet werden soll.

Gesamt werden Ausgabenüberschreitungen in Höhe von EUR 2.010.789,00 mit 26 : 1 Stimmen genehmigt.

Der Rechnungsabschluss 2015 mit dem Vermögensnachweis zum 31.12.2015 sowie die Aufstellung über den Schuldenstand, den übernommenen Haftungen, die Gegenüberstellung des Beschäftigungsrahmenplans, der Begründungen der Abweichungen und diversen anderen Nachweisen wurde allen Gemeindevertretern rechtzeitig zugestellt. Der Rechnungsabschluss weist Einnahmen und Ausgaben von jeweils EUR 13.918.887,63 auf und liegt damit unter dem Voranschlag mit je EUR 13.983.000, die Verschuldung pro Gemeindebürger konnte im Haushaltsjahr 2015 neuerlich gesenkt werden – von EUR 103 auf EUR 83. Der Bgm. bietet an, gegebenenfalls Fragen zu beantworten, falls bei einzelnen Punkten welche auftreten. Eine Frage betreffend Leiblachtalsaal-Tarifanpassung wird beantwortet.

Der Rechnungsabschluss 2015 wird einstimmig mit 27 : 0 Stimmen genehmigt.

6. Antrag "Netzwerk mehr Sprache"

Es wird auf den Antrag der Fraktion „Hörbranz gemeinsam bewegen - Grüne und andere" verwiesen. Der Bgm. erläutert dazu folgendes: Inzwischen wurden über das Projekt über den Fachbeirat Zukunft Kind Informationen an die Pädagoginnen übermittelt. Das Projekt wird allgemein positiv gesehen. Die Gesamtkosten für die Gemeinde betragen EUR 11.685, weil es zu 50% eine Landesförderung gibt. Hinzu kommen ca. 70 Stunden Verwaltungsaufwand für die ersten zwei Phasen und eine weitere noch unbekannte Stundenanzahl für die Umsetzungsphase. Nachfragen bei den Gemeinden Hard, Wolfurt

und Nenzing haben ergeben, dass zumindest von einer 50%-Anstellung ausgegangen werden muss. Derzeit sei keine personelle Kapazität hierfür verfügbar, somit müsste eine Person angestellt werden. Er empfiehlt daher, die Rahmenbedingungen zu klären bevor eine Zusage zum Projekt erteilt wird.
Von den Antragstellern wird der abgeänderte Antrag gestellt, dass der Grundsatzbeschluss für die Marktgemeinde Hörbranz für den zukünftigen Beitritt zum Projekt „Netzwerk mehr Sprache" (begleitet von „okay.zusammen leben) aufrecht bleibt, der Beginn des Projektes für Jänner 2018 avisiert wird. Die Marktgemeinde Hörbranz wird im Juni 2017 okay.zusammen leben erneut über die mögliche Umsetzung kontaktieren.
Anschließend wird ein Antrag auf Abstimmung gestellt.
Einstimmig wird dem abgeänderten Antrag zugestimmt.

7. Antrag Wohnungsvergaben durch die Gemeinde

Der Bgm. erklärt eingangs den Ablauf einer Wohnungsvergabe (Vergabevorschlag einer gemeinnützigen Wohnung an einen Antragsteller, wohnhaft in Hörbranz):

- Der Wohnungswerber stellt einen Antrag im Wohnungsamt
- Die zuständige Sachbearbeiterin überprüft den Antrag, die Unterlagen und die Angaben auf ihre Richtigkeit
- Im Falle einer Freimeldung wird ein Vergabevorschlag (Reihung der in Frage kommenden Wohnungswerber) gemacht. Dieser erfolgt nach dem Punktesystem, das in den Landesrichtlinien vorgesehen ist (derzeit erfolgt dies noch händisch bis das neue EDV-System des Landes zur Verfügung steht – voraussichtlich im Herbst).
- Der Bgm. vergibt die Wohnung
-

Betont wird vom Bgm., dass ein tägliches Vorsprechen im Wohnungsamt zu den Parteienverkehrszeiten möglich ist. Die zusätzlich stattfindenden Wohnungssprechstunden des Obmanns vom Wohnungs- und Sozialausschusses finden seit einiger Zeit unter Teilnahme der Sachbearbeiterin aus dem Wohnungsamt statt. Dies sei darin begründet, dass ihm das Vertrauen in den Obmann und dessen Arbeitsweise fehle (hierzu werden einige Vorkommnisse geschildert). Bis Oktober befindet sich der Obmann nun im Ausland, daher wird die Sprechstunde in dieser Zeit ausgesetzt.
Der Bgm. spricht des Weiteren die schlechte Kommunikationskultur der vergangenen Wochen an und verliest dazu einige E-Mails von Gemeindevertretern. Er betont, dass jede Wohnungsvergabe nachvollziehbar anhand der geltenden Richtlinien erfolgt sei und verwehrt sich gegen Vorwürfe und persönliche Beleidigungen, die er künftig nicht mehr akzeptieren werde. Des Weiteren betont er die datenschutzrechtlichen Vorgaben, aufgrund derer er keinerlei persönliche Daten von BürgerInnen an Gemeindevertreter per E-Mail versende oder diskutiere. Auch den Vorwurf, dass Protokolle gezinkt und geschönt werden weist er zurück und betont, dass jedes Protokoll vom zuständigen Gremium genehmigt werde.
In der darauffolgenden Diskussion wird der Vorschlag gemacht, den Wohnungs- und Sozialausschuss aufzulösen oder dessen Aufgaben zu definieren. Auch über eine Neubesetzung der Obmannfunktion wird gesprochen.
Ein Antrag auf Vertagung wird gestellt, begründet damit, dass erst in Anwesenheit des Obmanns die Diskussion zu Ende geführt werden kann.
Ein Antrag auf Sitzungsunterbrechung von fünf Minuten wird gestellt und mit 16 : 10 Stimmen (1 GV-Mitglied ist bei der Abstimmung nicht im Raum) genehmigt. Um 21.09 Uhr wird die Sitzung weitergeführt.

Seitens der Antragsteller wird der Antrag auf der Tagesordnung dahingehend umformuliert, dass nicht der gesamte Ausschuss, sondern lediglich Obmann und Stellvertreter alle Unterlagen zur Verfügung gestellt bekommt. Hierauf entsteht eine neue Diskussion, in der das Hauptgegenargument die Sorge um den Umgang mit vertraulichen Daten ist.
Abschließend einigt man sich darauf, die Obmann-Debatte separat in nicht öffentlicher Sitzung und in kleinerer Runde zu führen. Angeregt wird, hierzu Erfahrungswerte beispielsweise aus der Stadt Bregenz einzuholen. Gleichzeitig wird ein Antrag auf Vertagung des Antrags gestellt.
Einstimmig wird diesem Vorschlag zugestimmt.

8. Protokollgenehmigung Nr. 13

Eine Gemeindevertreterin beantragt, dass auf dem Tonbandprotokoll TOP 2 b (Berichte) nachgehört wird: Sie meint, dass der Wortlaut gewesen sei: „Das Kontrollorgan wurde informiert", geschrieben wurde im Protokoll „die Kontrollabteilung des Amtes der Vorarlberger Landesregierung".
Der Beschluss wird vertagt und über die entsprechende Tonbandstelle ein Tonbandprotokoll erstellt.

9. Allfälliges

a) Terminaviso: Der Bgm. verkündet die Termine für Musikheim-Eröffnung und Spatenstich-Feier „Betreutes Wohnen", beide am 8. Juli und lädt alle Gemeindevertreter dazu ein.
b) Eine Gemeindevertreterin meldet einen losen Randstein im Bereich Lochauer Straße, Höhe Bodenleger Bechter und regt an, im Zuge einer Reparatur eine Umgestaltung der Bordsteinhöhe zu prüfen.
c) Kanaldeckel Ziegelbachstraße: Der Schaden wurde behoben.
d) Baunutzungszahlen Erfahrungswerte: Seitens eines Gemeindevertreters werden Anregungen für die geplante Erhebung gemacht.
e) Anregung zu Einladung Musikheim-Eröffnung: Es wird angeregt, die umliegenden Nachbarn rund um das Musikheim persönlich einzuladen.
f) Auf Nachfrage verteilt der Bgm. die Kennzahlen als Beilage zum Prüfungsausschuss-Protokoll.
g) Angeregt wird, dass Bedarf nach einem Behälter für das neue Müllsack-Format (40 Liter) vorhanden ist. Laut Bgm. ist dies bereits in Planung.
h) Es wird die Bitte formuliert, dass künftig binnen zwei Wochen Mails mit Anfragen an den Bgm. oder die Verwaltung beantwortet werden.

Ende der Sitzung: 21.35 Uhr

Die Schriftführerin:

Dr. Beate Läßer-Malz

Der Vorsitzende:

Bgm. Karl Hehle